



Dr. Ditha Brickwell

Soziale Stadt – für eine solidarische Stadt

„Es ist Zeit, daß Europa zu den Europäern zurückkehrt. Wenn achtzehn Millionen Europäer arbeitslos und mehr als fünfzig Millionen von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, dann ist es die Pflicht der Europäischen Union, den Sorgen der Völker zu begegnen“. (Europarat, European Committee for Social Cohesion 1998, S.11)

Die EU-Organe haben sich auf hoher Ebene dieser Sorgen angenommen. Mit der Mitteilung „Wege zur Stadtentwicklung“ setzte die EU-Kommission einen inhaltlichen Rahmen; der Ministerrat für Regionalpolitik empfahl die gesellschaftliche Kohäsion als wesentlichen Politik-Bestandteil. Der Vertrag von Amsterdam benennt die Bekämpfung der Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung als neue Aktionsbereiche. Soweit der Anspruch unserer höchsten Gremien.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Das wichtigste Instrument sozialer Gerechtigkeit ist der freie und erleichterte Zugang zur Bildung für alle und ein Sozialrecht, das entsprechend unterstützt. Für Bildungs- und Sozialpolitik hat die Europäische Union jedoch nicht die notwendigen Kompetenzen; hier sind die Mitgliedstaaten allein zuständig. Den EU-Gremien bleibt nur die Wirtschaftspolitik als Hebel für die schrittweise Durchsetzung einer inneren Kohäsion.

Verbesserte Bildungschancen entstanden z.B. durch eine entsprechende Auslegung des Arbeitsrechts. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat das Diskriminierungsverbot für Arbeitnehmer und den Begriff der beruflichen Weiterbildung weit ausgelegt. Zugleich erzwang sie Stipendienrechte für Studenten aus anderen EU-Staaten im Inland und gleiche Zugangsbedingungen wie für Inländer zu den Hochschulen. Gleichzeitig hat die EU-Kommission – bestärkt durch die Ratsbeschlüsse der Staats- und Regierungschefs in Luxemburg und Lissabon, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Gemeinschaftsziel zu erklären – die soziale Seite der Wirtschaftspolitik freigelegt. Die klassischen EU-Politikfelder der Wirtschaftsförderung werden in den Programmen um eine soziale Dimension erweitert.

In der Zusammenschau der in Europa existierenden sozial- und beschäftigungspolitischen Ansätze hat die EU-Kommission neue soziale Strategien in den Strukturfondsverordnungen verankert; sie wurzeln in Aktionen mit innovativem Charakter oder Gemeinschaftsinitiativen, die mittels wirtschaftlicher Instrumente soziale Probleme lösen wollen. Aber auch das Regelwerk der Strukturfondsverordnung enthält die wesentlichen Stichworte der sozialen Komponente: soziales Risikokapital, Partnerschaft, lokale Entwicklung. Mit diesen Konzepten werden Erfahrungen, die mit jungen innovativen Unternehmen der High-Tech-Branche gesammelt wurden, für Frauen, Arbeitslose und Migranten nutzbar gemacht; Menschen, die bisher zu den Randgruppen des Arbeitsmarkts zählten, werden als wirtschaftliches Potential wahrgenommen. Instrumente, die für die Eliten des Wirtschaftslebens erfolgreich waren, sind auch gut genug für die Gefährdeten der Gesellschaft. Angewendet und übertragen werden Erfahrungen, die mit Vernetzungsmustern und Finanzierungsstrategien gesammelt wurden. Entwicklungspartnerschaften – vertraglich fixierte Zusammenschlüsse von privaten und öffentlichen Akteuren – stellen strategische Allianzen dar, um Leistungen und Ressourcen zu bündeln. Zur Finanzierung wird die Auflage von

Fonds unterstützt, insbesondere zur Förderung von Existenzgründungen. Mit Aktionen wie den Territorialen Beschäftigungspakten und dem EQUAL-Programm hat die EU-Kommission einen innovativen Ansatz geschaffen, über die lokale und regionale Ebene tradierte Verwaltungshierarchien aufzubrechen und damit den lokalen Kräften neue Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die integrativ ansetzenden Konzepte widersprechen den traditionellen Politikansätzen voneinander abgeschotteter Ressorts.

In der jetzt einsetzenden Förderperiode wird sich der Wettbewerb zwischen neuen, in ihrer Wirkung schwer meßbaren, und bisherigen, bekannt schwach wirksamen Förderinstrumenten voll entfalten. Die innere Dynamik des Prozesses wird durch wachsende Knappheit öffentlicher Mittel angeheizt, der Ausgang des Dramas wird für Europa existentiell sein: Denn am Ende dieser Periode steht die EU-Ost-Erweiterung und mit ihr ein Kohäsionsbedarf von einer ganz neuen Dimension. Aber noch stützen die Entschlüsse der Ministerräte, ihre Verträge und Bekenntnisse die tagtägliche Förderarbeit vor Ort.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Brickwell'.

Dr. Ditha Brickwell
Leiterin des Bereichs Europa-Service und
Produktentwicklung der Investitionsbank Berlin